

126 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

**Einspruch des Bundesrates
gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates
vom 21. Oktober 1983 betreffend ein Bundes-
gesetz, mit dem das Bundesgesetz über Woh-
nungsbeihilfen aufgehoben wird**

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER VORSITZENDE DES BUNDESRATES
Zl. 191/2-BR/83

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung den
Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 21. Okto-
ber 1983 betreffend ein

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über
Wohnungsbeihilfen aufgehoben wird
in Verhandlung genommen und beschlossen, gegen
diesen Gesetzesbeschluß mit der angeschlossenen
Begründung Einspruch zu erheben. %

Hievon beehre ich mich im Sinne des Art. 42
Abs. 3 B-VG die Mitteilung zu machen.

Unter einem wird der Einspruch des Bundesrates
auch dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis
gebracht.

8. November 1983

Göschelbauer

%

**Begründung
des Einspruches des Bundesrates vom
8. November 1983 betreffend den Gesetzesbe-
schluß des Nationalrates vom 21. Oktober
1983 über ein Bundesgesetz, mit dem das Bun-
desgesetz über Wohnungsbeihilfen aufgehoben
wird**

Durch den gegenständlichen Gesetzesbeschluß
soll das Wohnungsbeihilfengesetz aufgehoben wer-
den, was für alle unselbständigen Erwerbstätigen
und solche Pensionisten (mit Ausnahme der Aus-
gleichszulagenbezieher) den Verlust der Woh-
nungsbeihilfe in Höhe von 30 S pro Monat bedeu-
tet.

Wenn auch diese Wohnungsbeihilfe von vielen
Seiten als überholt angesehen worden ist, hätte man
über eine sinnvollere Verwendung nachdenken
bzw. reden können. Die bloße Abschaffung zum
Stopfen von Budgetlöchern stellt nach Auffassung
der ÖVP keine passende Alternative dar. Dies
umso mehr, als gleichzeitig die Unternehmen dafür
in Form der Erhöhung des Zusatzbeitrages zur
Pensionsversicherung mit einer neuen Arbeitsplatz-
steuer belastet werden.

Insgesamt bringt das Belastungspaket der soziali-
stischen Koalitionsregierung 30 Milliarden Schil-
ling Belastungen und nur knapp 2 Milliarden Schil-
ling Einsparungen.

Die Auswirkungen dieser Politik werden alle
Österreicherinnen und Österreicher sehr rasch zu
spüren bekommen.

Nach übereinstimmenden Aussagen der Österrei-
chischen Wirtschaftsforschungsinstitute werden
folgende Auswirkungen erwartet:

- Die Inflationsrate wird im nächsten Jahr um
1¼ Prozentpunkte erhöht (also um die Hälfte).
- Das Wirtschaftswachstum wird real von 1,5%
auf 0,5% gesenkt (also um zwei Drittel).
- Die Arbeitslosenrate steigt um 0,7 Prozent-
punkte bzw. fast 20 000 Personen.
- Die Realeinkommen werden um einen Prozent-
punkt verringert und
- der private Konsum, der derzeit im Ausland
einen wesentlichen Wirtschaftsmotor darstellt,
wird um 2,5 Prozentpunkte verringert.

Das auf Mallorca erfundene und durch die der-
zeitige Bundesregierung noch erweiterte Bela-
stungspaket trifft also nicht nur die sozial schwä-
cheren Bevölkerungsgruppen besonders stark, son-
dern es ist auch ein echter Hemmschuh für einen
möglichen Wirtschaftsaufschwung. Das Steuerpa-
ket bewirkt eine Umverteilung zum Staat, verlangt
von den Bürgern beträchtliche Opfer und gefährdet
Tausende Arbeitsplätze, ohne den Staatshaushalt
zu sanieren.